Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 04.03.2016:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Ria.ru: Den Außenministern der „normannischen Vier“ (Russland, Ukraine, Frankreich und Deutschland) ist es im Ergebnis ihres vierstündigen Treffens in Paris nicht gelungen gewichtige Resultate zu erzielen.
Die allgemeine Stimmung der Minister bezüglich der Ergebnisse der Verhandlungen in der französischen Hauptstadt ist eher pessimistisch: der Außenminister der BRD Frank-Walter Steinmeier nannte die stattgefundenen Verhandlungen „eine der schwierigsten“ und eine Erfüllung der Erwartungen wurde nach seinen Worten nicht erreicht. Eines der Schlüsselprobleme der ukrainischen Regelung – die Frage der Durchführung von Kommunalwahlen im Donbass – wurde auch nicht vom toten Punkt weggebracht, in Vielem aufgrund der Position Kiews, das faktisch die Initiative der BRD und Frankreichs, die von Moskau unterstützt wurde, blockierte, die Wahlen bis Juni durchzuführen.
Dennoch war nach den Worten des Außenministers Frankreichs Jean-Marc Ayrault die Diskussion in Paris „direkt, ohne überflüssiges Gerede“, und den Seiten sei es gelungen „in einer Reihe von Momenten voranzukommen“.
Die Frage der Wahlen: drei gegen einen...
Bewegungen gab es in einigen Fragen definitiv nicht: so wurde nach den Worten Lawrows die Initiative der BRD und Frankreichs die Wahlen im Donbass bis Juni zu durchzuführen, die von Moskau unterstützt wurde, von Kiew zurückgewiesen. „Die ukrainische Seite bat darauf nicht zu bestehen, im Ergebnis wurde kein Konsens erzielt“, erklärte der russische Minister.
Zur Durchführung der Wahlen in den nicht anerkannten Republiken ist es nötig, ein Gesetz über einen besonderen Status des Donbass anzunehmen, eine Amnestie und Verfassungsreformen durchzuführen, „dies haben unsere Oberhäupter im Oktober in Paris besprochen, aber Bewegungen im zentralen Prozess – Vorbereitung der Wahlen – sind bisher nicht erfolgt“, unterstrich der russische Außenminister.
Zur Erreichung eines Fortschritts in diesen so komplizierten Fragen soll die OSZE bis zum 31. März konkrete Vorschläge zur Garantie der Sicherheit bei den Wahlen im Osten der Ukraine erhalten, sagte Ayrault.

Dnr-online.ru: Der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin berichtete über den Prozess des Austauschs von Kriegsgefangenen.
„Wir bestehen schon lange darauf und fordern eine Erfüllung des Postulats – Austausch „alle gegen alle“. Aber ohne ein Gesetz über eine Amnestie wird das nicht gelingen. Von unserer Seite aus ist es kein Problem ein paar Dutzend Gefangene freizugeben. Von der ukrainischen Seite ist die Position eine etwas andere. Das offizielle Kiew verweist auf eine Klärung anhängiger Verfahren, die durchgeführt werden muss, und vieles andere. Wir haben eine Liste der Menschen, von denen wir wissen, wo sie sich befinden und nach welchen Paragraphen sie beschuldigt werden. Die Ukraine verzögert in dieser Richtung. Wenn man berücksichtigt, dass auf der Territorium der Ukraine jetzt mehr als 1000 Menschen festgehalten werden, darunter auch politische Gefangene, die ebenfalls freigelassen werden müssen und unter die Austauschformel

„alle gegen alle“ fallen, so wird uns das ohne eine bestimmten Druck auf die Regierung der Ukraine kaum gelingen“, sagte Denis Puschlin.

Dnr-online.ru: Der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin kommentierte das Treffen der „Normannischen Vier“, das am 3. März in Paris stattfand.
„Wir haben eine gemeinsame Sprache mit den Vertretern Russlands, Frankreich, Deutschlands gefunden, aber die Ukraine fällt aus dieser Koalition vollständig heraus. Die Führung der Republik versteht die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Annahme der Gesetzesentwürfe, die vom Maßnahmekomplex vorgesehen sind. Aber wir sehen wieder die nicht konstruktive und verhandlungsunfähige Position der Ukraine. Und wenn wir tiefer sehen, so ist diese „Zahnlosigkeit“ des offiziellen Kiews das Fehlen der Möglichkeit die nötigen Gesetzesentwürfe anzunehmen, das völlige Fehlen der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen. Davon hören wir immer öfter von europäischen Politikern“, sagte Puschilin.
Auf die Frage von Journalisten über Dokumente, die im Rahmen der Erfüllung des Maßnahmekomplexes der Minsker Vereinbarungen zur Unterzeichnung vorbereitet werden, unterstrich der Vorsitzende des Volkssowjets: „Neue Dokumente zur Unterzeichnung werden bisher nicht geplant. Die letzten beiden Dokumente, die unterzeichnet wurden, betrafen das Verbot von Schießübungen entlang der Kontaktlinie und die Entminung des Territoriums. Das heißt unmittelbar das, was uns am meisten beunruhigt hat: die Pufferzone zwischen den Kontroll- und Passierpunkten.

Ria.ru: Die Ukraine hat die Minsker Vereinbarungen nicht erfüllt und erfüllt sie nicht, was das grundlegende Hindernis für die politische Regelung der Situation im Donbass ist, erklärte der Pressesekretär des Präsidenten der RF Dmitrij Peskow.
Er bemerkte, dass es einzelne Verletzungen des Waffenstillstands im Donbass gibt.
„In jedem konkreten Fall muss herausgefunden werden, wer an diesen Verletzungen schuld ist. Und da die Zahl dieser Verletzungen wächst, gibt es natürlich die Gefahr einer Zuspitzung der Situation. Aber dazu ist es nicht möglich weitere Schritte zu tun, ohne dass die Ukraine das erfüllt, was schwarz auf weiß in den Minsker Vereinbarungen steht. Und hier sehen wir, dass es keinerlei Schritte gibt“, fügte Peskow hinzu.

Dnr-online.ru: Der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin kommentierte die Situation mit den Wahlen in der DVR, die auf die erste Jahreshälfte festgesetzt wurden.
„Selbst wenn Kiew jetzt ein weiteres Mal seine Meinung ändert, so haben sie bisher nicht die nötige Unterstützung in der Obersten Rada und nicht die Unterstützung der Personen, die nah an der Entscheidungsfindung sind. Leider sehen wir, dass die ukrainischen Radikalen weitaus schneller und operativer die für sie nötigen Fragen regeln. Das heißt, sie wollten eine Blockade der Krim aufbauen – sie haben es getan. Sie wollten die russischen Lastwagen stoppen – sie haben sie gestoppt, und haben niemanden gefragt. Die ukrainische Regierung ist nicht in der Lage irgendetwas zu tun, sie ist gezwungen die Radikalen zu unterstützen. Trotz alledem sehen wir, dass die UNO aufgerufen hat, die festzunehmen, die an der Blockade der Krim teilgenommen haben. Es wird interessant sein die Aktivitäten Kiews zu sehen, ist das offizielle Kiew in der Lage etwas zu tun oder wird wieder versucht werden die radikalen Elemente zu rechtfertigen“, sagte Denis Puschilin.

Dnr-online.ru: Der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschlin kommentierte die Zusammenarbeit der Führung der Republik mit der OSZE-Mission und die Weigerung der Mission, den Beschuss einer Schule in Sajzewo durch die ukrainischen Streitkräfte zu registrieren.
„Wir arbeiten mit der OSZE-Mission zusammen und wirken mit Personen im Rahmen der politischen Untergruppe bezüglich der Wahlen zusammen. Wir sind konstruktiv eingestellt und haben schon oft Kompromisse bei der Entscheidung verschiedener Fragen vorgeschlagen: sowohl bei den Bedingungen für die Durchführung der Wahlen als auch bei Fragen der Sicherheit und vieles andere. Wir haben Vorschläge, die auf die ein oder andere Weise weder uns noch die Ukraine zufriedenstellen, aber wir müssen berücksichtigen, dass dies Kompromissvarianten sind. Aber die Ukraine ist nicht bereit uns in diesen Fragen entgegen zu kommen. Das offizielle Kiew geht, wie alle auch bei dem gestrigen Treffen der „Normannischen Vier“ sehen konnten, in Opposition zu allen anderen“, sagte Denis Puschilin.

Auf die Frage eines Journalisten bezüglich der Weigerung der OSZE-Mission, in Donezk den Beschuss von Sajzewo durch die ukrainischen Streitkräfte festzuhalten, sagte Denis Puschlin: „Es ist ein Treffen mit Vertretern der OSZE-Mission geplant, um ihre Positionen zu verstehen, worauf sie sich gründen und wie darauf in Zukunft Einfluss genommen werden kann. Für uns ist es wichtig alle Beschüsse festzuhalten. Leider bewirkt selbst eine solche Feststellung keine schnellen Ergebnisse im Bereich der Feuereinstellung. Dennoch sind diese Daten wichtig für uns, weil für Europa dann klar wird, wer schuld ist, wer der Aggressor und auf wen Einfluss genommen werden muss, damit der Krieg beendet wird“, unterstrich er.

Lug-info.com: Kiew verbirgt nicht, dass es nicht vorhat Wahlen im Donbass in der ersten Hälfte 2016 durchzuführen, wie es von den Außenministern Frankreichs und Deutschlands auf dem Treffen im „normannischen Format“ am 3. März vorgeschlagen wurde. Dies erklärte heute der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego....
„Dies ist eine weitere Stimme im gemeinsamen Chor der ukrainischen Politik, die selbst wenn sie ihren Partnern in der „normannischen Vier“ in die Augen schaut, offen erklärt, dass sie nicht den Wunsch hat eine Durchführung von Wahlen im Donbass in irgendwelchen vernünftigen Zeiträumen zu erörtern“, schrieb Dejnego auf seiner Facebook-Seite zu den Ergebnissen des Treffen des „Normannischen Vier“.
„Kiew befasst sich wie zuvor mit einer Imitation der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen und jetzt auch mit der Imitation eines Verhandlungsprozesses“, sagte er.
„Obwohl Frankreich und Deutschland die Notwendigkeit der folgerichtigen Erfüllung der Vereinbarungen begreifen, in der Reihenfolge, die im Maßnahmekomplex vorgesehen ist, zeigt Kiew den Wunsch, alles von den Füßen auf den Kopf zu stellen, ein weiteres Mal den Prozess zu verzögern, auf Anweisung ihrer Herren jenseits des Ozeans“, erklärte der Bevollmächtigte der Republik.
„Hoffen wir, dass Paris und Berlin ein Mittel finden können Kiew zu überzeugen. Technisch ist es möglich Wahlen bis zum Ende des Jahres durchzuführen, wenn es der Wunsch Kiews wäre“, schloss er.

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des Oberhaupts der DVR Alexandr Sachartschenko, Teil bezüglich der Minsker Verhandlungen (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)
Vor einigen Tagen wurde in Minsk eine Reihe Dokumente paraphiert, die die Entminung der Territorien und das Verbot von Übungen in einer 15km-Zone um die Kontaktlinie betreffen. Heute, am 4. Mai, hat während einer Pressekonferenz das Republikoberhaupt Alexandr Sachartschenko dieses Ereignis kommentiert.
„Ich habe die Dokumente bereits unterzeichnet und bin vollständig einverstanden, dass es nötig ist die Passierpunkte zu entminen, um eine Wiederholung der Ereignisse auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorien zu verhindern, wo ein Bus auf eine Mine geriet und Menschen starben. Ich meine, dass die Straßen sauber sein müssen. Außerdem hilft dieses Dokument dabei die Entminung unserer Felder fortzuführen.
Bezüglich des Verbots von Übungen – ich habe nie gedacht, dass die ukrainischen Soldaten so nervös sind. Jede unserer Übungen versetzt sie in Unruhe, sie beginnen zu schreien, dass wir angreifen. Wir sind einverstanden unsere Truppenübungsplätze auf eine weitere Entfernung zurück zu ziehen, damit die ukrainischen Soldaten sich besser fühlen.
Wir werden diese Dokumente erfüllen. Was die Ukraine betrifft, so ist es schwer zu sagen, weil sie ihre Versprechen noch nie vollständig erfüllt haben, deshalb wird das die Zeit zeigen“, sagte Alexandr Sachartschenko.
Weiter sagte das Republikoberhaupt, dass es für uns leicht sein wird den Punkt über die Entminung zu erfüllen, weil unsere Checkpoints nicht vermint sind und die Menschen, die sie passieren, sich sicher fühlen.
Weiter kommentierte das Treffen der „Normannischen Vier“ in Paris am 3. März.
„Es ist schwierig solche Treffen zu kommentieren, weil wir den Verhandlungsprozess selbst nicht sehen. Ich meine, dass die Ukraine ein weiteres Mal versucht hat die Weltöffentlichkeit zu betrügen, indem sie uns der Nichterfüllung der politischen Punkte der Minsker Vereinbarungen beschuldigt. Diesmal ist ihnen das nicht gelungen. Europa reagiert recht heftig.
Ich bezweifle, dass die Ukraine die Annahme des Gesetzes „Über einen besonderen Status“ garantieren kann. Sie werden auch in der ersten Hälfte 2016 keine neue Verfassung beschließen

wie es in den Minsker Vereinbarungen vorgeschrieben ist. Keine Änderungen und Zusätze zur alten, sondern tatsächliche eine neue Verfassung, die mit den Vertretern der DVR und der LVR abgestimmt sein muss.
Die Zeit wird es zeigen, aber ich bezweifle, dass die Ukraine in diesem Jahr irgendeine Entscheidung wird treffen können, weil die Situation in der Ukraine sich durch die politische Krise verschärft“, sagte Alexandr Sachartschenko.